



GEMEINDE HASBERGEN BEBAUUNGSPLAN NR. 63 "AM HÜVEL"

mit örtlichen Bauvorschriften
über die Gestaltung



Planzeichenerklärung

Gemäß Planzeichenerklärung 1930 v. 18. Dez. 1930 (RSB, I. S. 58) und der Bauplanzeichenerklärung I. 4. F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990, zuletzt geändert durch das Gesetz v. 22. April 1993 (RSB, I. S. 465).

- Bestandsgaben**
 - Gemarkungsgrenze
 - Flurgrenze
 - Flurstück- bzw. Eigentumsgrenze mit Grenzmaß
 - Höhenlinien mit Höhenangaben über NN
 - Flurstücknummer
 - Im Übrigen wird auf die Planzeichenvorschrift DIN 18702 für großmaßstäbliche Karten und Pläne verwiesen
- Festsetzungen des Bebauungsplanes**
 - 1. Art der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
 - 2. Maß der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, i. V. m. § 16 BauNVO)
 - Zahl der Vollgeschosse (Höchstmaß)
 - GRZ Grundflächenzahl gem. § 19 BauNVO
 - GFZ Geschossflächenzahl gem. § 20 BauNVO
 - 3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen, Stellung baulicher Anlagen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, i. V. m. §§ 22 u. 23 BauNVO)
 - offene Bauweise gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 u. 23 BauNVO
 - nur Einzelhäuser zulässig
 - nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
 - Baugrenze
 - Stellung baulicher Anlagen

- Verkehrsmittel** (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
 - Straßenverkehrsfläche
 - Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
 - Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
 - VB Verkehrsbenutzter Bereich
 - Öffentliche Parkflächen
 - FuR Fuß- und Radweg
 - FuRi Fuß- und Radweg mit Befahrbarkeit zugunsten bestimmter Anlagen
 - Ein- und Ausfahrt
- Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen** (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)
 - unterirdisch
- Grünflächen** (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 u. Abs. 6 BauGB)
 - Öffentliche Grünfläche
 - Spieleplatz
 - Bodeplatz, Freibad
 - Vegetationsgrün
 - private Grünfläche
- Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses** (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 14 und Abs. 6 BauGB)
 - Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
 - RRB Regenrückhaltebecken

- Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft** (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)
 - Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)
 - Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)
 - zu erhaltende Einzelbäume
- Sonstige Planzeichen**
 - Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Flächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
 - Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Flächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
 - Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Gemeinde Hasbergen (Entwässerung)
 - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung z.B. von Baugeländen, oder Abgrenzung des
 - Umgrenzungen der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
 - Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (gem. § 9 Abs. 7 BauGB)
 - Anlagenbezeichnung
 - Sichtdreiecke für Straßenkreuzungen gem. RAS-K von ständigen Sichthindernissen freizuhaltende Flächen zwischen 0,80m und 2,50m oberhalb Fahrbahnoberkante (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB)

- PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN** (gem. § 9 Abs. 1 BauGB und § 31 BauGB)
 - Mischgebiet (MI)** gem. § 6 BauNVO
 - Gemäß § 1 Abs. 7 Nr. 2 BauNVO sind Wohnungen im Erdgeschoss nicht zulässig.
 - Die ausnahmsweise zulässigen Vergnügungsgelände (gem. § 6 (2) Nr. 8 BauNVO) sind gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes.
 - Allgemeine Wohngebiete (WA)** gem. § 4 BauNVO
 - Die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO) Betriebe des Beherbergungsgewerbes, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tierspieldarstellungen sind gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes.
 - Grundflächen- und Geschossflächenzahl GRZ und GFZ** gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
 - Die im Allgemeinen Wohngebiet festgesetzten Ausnutzungsziffern GRZ und GFZ dürfen bei der Errichtung von Doppelhäusern ausnahmsweise bis 0,4 überschritten werden.
 - Ermittlung der Grundfläche und Geschossfläche** gem. § 14 Abs. 1 Nr. 2 BauNVO
 - Bei der Ermittlung der zulässigen Grundflächen und Geschossflächen im WA-Gebiet nördlich der Planstraßen A und B ist die Grundstücksfläche einschließlich der festgesetzten privaten Grünflächen zugrunde zu legen.
 - Stellung baulicher Anlagen** gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
 - Die Hauptfahrbahn (= längere Mittelachse des Hauptbaukörpers) ist durch die Richtung des Planzeichens festgesetzt. Als Ausnahme ist die Drehung um 90 Grad zulässig.
 - Höhenlage der Gebäude** gem. § 9 Abs. 2 BauGB
 - Innerhalb des WA-Gebiets darf die Oberkante des fertigen Fußbodens im Erdgeschoss – gemessen in der Mitte des Gebäudes – nicht höher als 0,50 m über Oberkante der fertigen erschließenden Verkehrsfläche liegen.
 - Bei teilweiser Erschließung der Gebäude durch die Höhe der Oberkante der erschließenden Verkehrsfläche nicht unterschreiten. An mindestens einem Punkt an der straßenseitigen Fassade muss die Höhe des Erdgeschossfußbodens mit der Oberkante der fertigen erschließenden Verkehrsfläche übereinstimmen.
 - Beträgt der Höhenunterschied des vorhandenen Geländes zwischen der straßenseitigen Baugrenze und der Oberkante der fertigen erschließenden Verkehrsfläche an einem Punkt mehr als 1,00 m, sind Ausbauten von der Höhenfestsetzung möglich. In diesem Fall muss die Oberkante des fertigen Fußbodens im Erdgeschoss in mindestens einem Punkt auf gleicher Höhe mit dem vorhandenen Gelände liegen.
 - Traufhöhen (Gebäudehöhen)** gem. § 16 BauNVO
 - Die Traufhöhen der Gebäude dürfen eine Höhe von 3,80 m über Oberkante fertiger Fußboden im Erdgeschoss nicht überschreiten (Traufhöhe = Schnittpunkt des aufgehenden Außenmauerwerks mit der Außenfläche der Dachneigung).
 - Anzahl der Vollgeschosse** gem. § 20 BauNVO
 - Innerhalb des WA-Gebiets ist ein zusätzliches Vollgeschoss als Ausnahme zulässig, wenn die unter § 7 festgesetzte Traufhöhe nicht überschritten wird.
 - Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden** gem. § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB
 - Innerhalb des WA-Gebiets ist die höchstzulässige Zahl der Wohnungen bei freistehenden Einzelhäusern auf maximal zwei begrenzt, bei Doppelhäusern auf maximal eine.
 - Führung von Versorgungsleitungen** gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB
 - Alle Versorgungsleitungen im Plangebiet sind unterirdisch zu verlegen.
 - Öffentliche Grünfläche "Naturfreibad"** gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB
 - Innerhalb der öffentlichen Grünfläche "Naturfreibad" sind zweckgebundene bauliche Anlagen zulässig, z.B. Kasse, Umkleide- und Sanitärgebäude, Imbiss / Kiosk, Hausmeisterwohnung, o.ä.
 - Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen** gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB
 - a) Die im Bebauungsplan festgesetzten Flächen sind gem. Landschaftsökologischem Fachbeitrag mit standortgerechten Gehölzen zu bepflanzen und in ihrer Funktion als Sichtschutz zur K 306 dauerhaft zu erhalten.
 - b) Auf den privaten Baugrundstücken im WA-Gebiet ist ab einer Grundstücksgröße von 500 qm ein großkroniger standortgerechter Laubbau zu pflanzen.
 - c) Je angefangene 250 qm öffentliche Straßenverkehrsfläche ist im Straßenraum ein großkroniger standortgerechter Laubbau zu pflanzen.
 - d) Auf dem öffentlichen Parkplatz (Friedhof) und dem Seilbahnparkplatz für das Naturfreibad ist je angefangene 5 Parkplätze ein großkroniger standortgerechter Laubbau zu pflanzen. Die Parkplatzfläche ist außerdem – bis auf die erforderliche Zufahrt – mit einer mindestens 1,50 m hohen Hecke aus standortgerechten Gehölzen einzuzäunen.
 - e) Innerhalb der öffentlichen Grünfläche "Naturfreibad" sind insgesamt 25 großkronige standortgerechte Laubbäume zu pflanzen.
 - f) Innerhalb der Fläche für die Wasserwirtschaft (RRB) sind in den Randbereichen insgesamt 25 großkronige standortgerechte Laubbäume zu pflanzen.
 - Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen** gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB
 - Die im Bebauungsplan festgesetzten Einzelbäume, Baumgruppen und sonstigen Gehölze sind dauerhaft zu erhalten. Zu erhaltende Einzelbäume sind bei natürlichem Abgang durch Anpflanzung eines gleichartigen Baumes an gleicher Stelle ersetzen.
 - Eingriffregelung – Zuordnung der Ausgleichsflächen** gem. § 9 Abs. 1 a BauGB
 - Der Bebauungsplan Nr. 63 "Hüvel" verursacht bei seiner Realisierung Eingriffe in Natur und Landschaft, die auszugleichen sind (39.170 Werteneinheiten). Dazu stehen entsprechende Ausgleichsflächen außerhalb des Plangebietes zur Verfügung:
 - Gemarkung Gaste, Flur 5, Flurstück 88/2 (Änderungsschritt 1,2 der 1. FNP-Änderung)
 - Gemarkung Gaste, Flur 5, Flurstück 57/17, teilweise (Änderungsschritt 1,3 der 1. FNP-Änderung)
 - Gemarkung Gaste, Flur 5, Flurstück 76/10, teilweiseDiese Ausgleichsmaßnahmen sind den Eingriffsflächen innerhalb des Plangebietes zugeordnet.
 - Bauliche und sonstige technische Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (sonstige Schallschutzmaßnahmen)** gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB
 - Innerhalb der festgesetzten Flächen sind passive Schallschutzmaßnahmen zum Schutz vor den von der K 305 "Teckenburger Straße" und der Bahnstrecke Ruhrgebiet – Hamburg ausgehenden Schallimmissionen zu treffen.
 - Die Außenwände von Gebäuden oder Gebäudeteilen, in die nicht nur zum vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen, sind in die in den folgenden Tabellen genannten Lärmgebiete einzuordnen. Zusätzlich sind die dazugehörigen erforderlichen Schalldämm-Maße R_wes angegeben.

	Geschoss	Schallschutzbereich (Baugebietsart)			
		1 MI	2 (WA-1)	3 (WA-2)	4 (WA-3)
Einstufung Vorderfronten (erforderliches R _w es)	EG und OG LPB V	45dB	40dB	40dB	35dB
Seitenfronten (erforderliches R _w es)	EG und OG LPB S	45dB	40dB	35dB	35dB
Westseiten der Gebäude; Seitenfronten (erforderliches R _w es)	EG und OG LPB W	45dB	40dB	35dB	35dB

- Um für die bei Schlafräumen notwendige Belüftung zu sorgen, ist aus Gründen des Immissionsschutzes bei Schlaf- und Kinderzimmern der Einbau von schallgedämmten Lüftern vorgeschrieben, sofern keine Lüftungsmöglichkeit über von der Lüftung abgewandte Fenster besteht (hier Nordseite). Gleiches gilt für Räume mit sauerstoffführenden Heizkörpern. Die Einhaltung der erforderlichen Schalldämmwerte ist bei der genehmigungs- oder anlagengenehmigenden Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden oder Gebäudeteilen nachzuweisen.
- In den folgenden Teilbereichen sind die Außenwändebereiche wie folgt anzuordnen:
- MI-Gebiet: westlich der Gebäude
 - WA-1-Gebiet (westlich der Planstraße A): nördlich der Wohngebäude oder anderer Gebäude (z.B. Nebengebäude, Garagen, o.ä.); Mindesthöhe: 2,20 m
 - WA-2-Gebiet (östlich der Planstraße A): nördlich oder östlich der Wohngebäude
- ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN ÜBER DIE GESTALTUNG** (gem. § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. §§ 56, 57 und 58 BauGB)
 - Es sind für die Hauptbaukörper nur symmetrische Satteldächer und / oder Walmdächer zulässig.
 - Die Dachneigung muss zwischen 38° und 45° betragen.
 - Dachaufbauten (Gauben) und Dachanschlüsse sind bis maximal 1/2 der Traufhöhe der jeweiligen Gebäudeschneise zulässig und müssen einen Abstand von mindestens 1,50 m vom Ortsgang bzw. vom Walmdach einhalten.
 - Der nicht überbaubare Grundstücksstreifen zwischen der öffentlichen Verkehrsfläche, von der das betreffende Gebäude erschlossen ist, und der Gebäufassade – verläuft bis zu den seitlichen Grundstücksgrenzen, mindestens in einer Tiefe von 3,00 m – wird die Vorgärten festgesetzt. Vorgärten sind, außer den notwendigen Zuwegungen und Zufahrten, gärtnerisch anzulegen und dauerhaft zu unterhalten.

- NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN** gem. § 9 Abs. 6 BauGB und sonstige Hinweise
 - Sichtdreiecke** gem. § 31 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO
 - Die Flächen innerhalb der festgesetzten Sichtdreiecke sind im Bereich zwischen 0,80 m und 2,50 m – gemessen von der Fahrbahnoberkante der jeweils angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche – von allen Sichtbehinderungen freizuhalten.
 - Ausnahmsweise dürfen Stämme von Laubbäumen innerhalb der festgesetzten Sichtdreiecke in einem solchen Abstand zueinander stehen, dass eine ausreichende Sicht in die jeweilige Straße gegeben ist.
 - Archäologische Bodenfunde** gem. § 14 Abs. 1 Nr. 2 Denkmalschutzgesetz
 - Aus dem Plangebiet und zwar vom westlichen Küppelbereich des Hüvels, sind vorgeschichtliche Funde in Form von Eisenscherben und Siedlungskeramik bekannt, die auf einen Wertplatz (Eisenverarbeitung) hindeuten. Da diese Fundstelle (= Kulturdenkmal) durch das Planvorhaben in ihrem Bestand gefährdet wird, ist für die entstehenden Erdarbeiten eine denkmalrechtliche Genehmigung nach § 13 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes einzuholen. Deren Erteilung ist in diesem Fall mit folgenden Bedingungen und Auflagen zu verknüpfen:
 - Vor Beginn jeglicher Erdarbeiten im Plangebiet sind archäologische Sondage-grabungen (sog. "Baggerschnitte") zur Klärung der konkreten Fundstation durchzuführen.
 - Anschließend sind angegriffene Bodendeckungen / Bodendenkmale vollständig auszugraben und fachgerecht zu dokumentieren. Die Arbeiten sind durch Mitarbeiter und/oder Beauftragte der Stadt- und Kreisarchäologie durchzuführen. Wir weisen darauf hin, dass die dabei entstehenden Kosten (für Material-, Maschinen- und Personaleinsatz) nicht von der Archäologischen Denkmalpflege übernommen werden. Die Stadt- und Kreisarchäologie ist rechtzeitig (mind. 6 Monate) vor Erschließungs- bzw. Baubeginn zur Abstimmung des weiteren Verfahrens zu kontaktieren und in die Planungen einzubeziehen.
 - Sollten darüber hinaus bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohle-ansammlungen, Schläcken sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinzeren-trationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDStSchG) meldepflichtig und müssen der zuständigen Denkmalgeschützebehörde des Landkreises Osnabrück unverzüglich gemeldet werden.
 - Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDStSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverzüglich zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalgeschützebehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
 - Regenwasserentwässerung**
 - Im Sinne eines natürlichen Wasserhaushaltes sollte auf jedem Baugrundstück (wirtschaftliche Einheit) eine Regenwasserentwässerung mit einem nutzbaren Vorstellvolumen von mindestens 5 m³ angelegt werden.
 - Das auf den bebauenden Flächen anfallende Niederschlagswasser ist direkt in die öffentliche Regenwasserkanalisation einzuleiten.
 - Auflagen zum Trinkwasserschutz**
 - Alle Abwasserleitungen werden nach Inbetriebnahme in regelmäßigen Abständen gemäß ATV A 139 und DIN 1986 T 30 auf Dichtheit geprüft. Alle Schachtbauwerke sind in die Prüfungen einzubeziehen. Eine Wiederholung der Dichtheitsprüfung ist nach 2 Jahren durchzuführen und in der Regel alle 15 Jahre zu wiederholen. Zwischen ihnen sind zwei optische Inspektionen durchzuführen, die durch Dichtheitsprüfungen ersetzt werden können. Bezüglich der Prüfmodalitäten wird auf das Merkblatt ATV – M 143 Teil 6 verwiesen.
 - Die Versickerung von Regenwasser ist nicht zulässig.
 - Regenrückhaltebecken sind gegen den Untergrund abzudichten.
 - Die Lagerung von Holzöl oder ähnlichen wassererhaltenden Stoffen ist nur innerhalb von Gebäuden mit dichter Umhausung zulässig.
 - Baustoffe und Materialien, die auswaschbare, wassererhaltende Bestandteile enthalten, dürfen nicht eingebaut werden.
 - Die Verwendung von Pestiziden und anderen grundwassererhaltenden Spritzmitteln ist nicht zulässig.
 - Beim Straßenbau sind die Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RISWag) – Ausgabe 2002 – zu beachten.
- ### Präambel und Ausfertigung

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 56, 57 und 58 der Niedersächsischen Bauordnung und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Hasbergen diesen Bebauungsplan Nr. 63 "Am Hüvel", bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen sowie den nebenstehenden örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, als Sitzung beschlossen.

Hasbergen, den 25.07.2006

Bürgermeister

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 07.10.2003 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 63 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 07.11.2003 öffentlich bekanntgemacht.

Hasbergen, den 25.07.2006

Bürgermeister

Planunterlage

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte
Liegenschaftskarte: Gemarkung Gaste, Flur 7
Maßstab: 1:1000

Die dieser Planunterlage zu Grunde liegenden Angaben des amtlichen Vermessungswesens sind nach § 5 des Niedersächsischen Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen vom 12.12.2002, Mds. GVSt. 2003: S. 5, geschützt. Die Verwertung für nichtigkeits- oder wirtschaftliche Zwecke und die öffentliche Wiedergabe ist nur mit Erlaubnis der u.g. Behörde zulässig.

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedingbaren baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 22.07.2003). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den 05. Juli 06

Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaftsamt Osnabrück

Katasteramt

Vermessungsdirektor

Öffentliche Auslegung

Der Rat/Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 18.05.2004 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 09.06.2004 öffentlich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 16.06.2004 bis 30.07.2004 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Hasbergen, den 25.07.2006

Bürgermeister

Erneute öffentliche Auslegung

Der Rat/Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 30.11.2004 dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die erneute öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 3 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der erneuten öffentlichen Auslegung wurden am 03.12.2004 öffentlich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 13.12.2004 bis 14.01.2005 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Hasbergen, den 25.07.2006

Bürgermeister

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 30.06.2006 als Sitzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Hasbergen, den 25.07.2006

Bürgermeister

Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 63 "Am Hüvel" ist gemäß § 10 (3) BauGB am 15.07.2006 im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück bekanntgemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am 15.07.2006 rechtsverbindlich geworden.

Hasbergen, den 25.07.2006

Bürgermeister

Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften

Innerhalb von zwei Jahren seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind Verletzungen von Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 BauGB oder beachtliche Verletzungen unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 1 BauGB der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächenzuteilungsplanes oder beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gem. § 214 Abs. 3 BauGB nicht geltend gemacht worden.

Entsprechende Verletzungen oder Mängel werden damit unbeachtlich.

Hasbergen, den 16.07.2008

Bürgermeister

Entwurfsbearbeitung: INGENIEURPLANUNG
Gleitschneise 10-1014
Telefon: (0507) 80-0 / Fax: (0507) 80-48
E-Mail: info@ingenieurplanung.de

Wollenhorst, 2006-06-30

Plan-Nr.: H:\Hasbergen\2003\2003\Planung\Bsp_Bsp002_dwg-01-1-0

Entwurfsbearbeitung:	INGENIEURPLANUNG	Datum	Zeichen
gezeichnet	2004-11	Dw	
geprüft	2005-05	Dw	
freigegeben	2005-05	Ev	

Unterlage: 1: 1000
Blatt Nr.: 1

GEMEINDE HASBERGEN

BEBAUUNGSPLAN NR. 63

"Am Hüvel"

mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung

URSCHRIFT